

Netz-Teil

Anke und Daniel Domscheit-Berg

Datensteuern sind Unfug

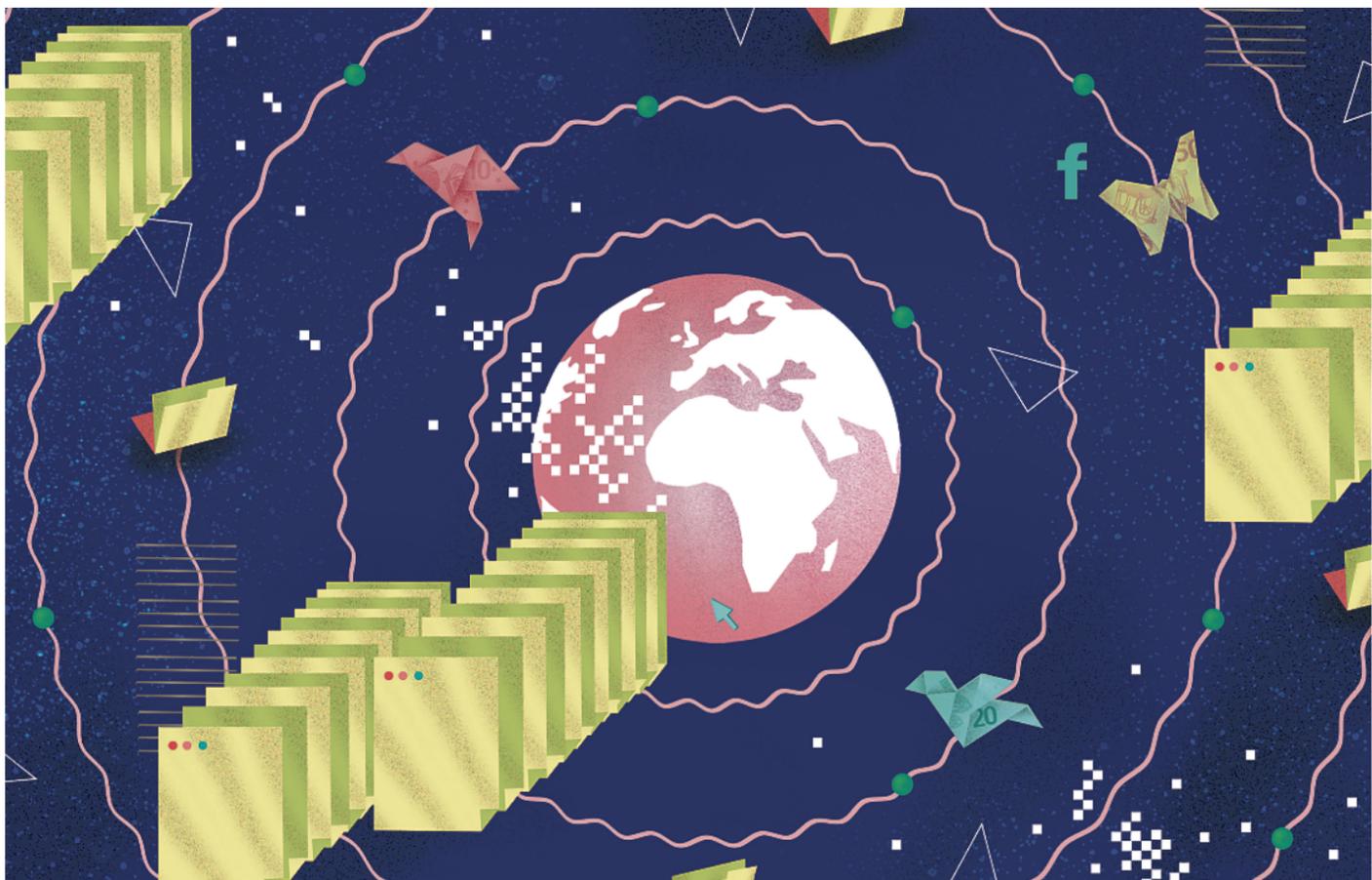


ILLUSTRATION: CAROLIN EITEL, AUTORENBILD: CHRISTIAN VACHT

Anfang der Woche hielt Angela Merkel in Berlin eine Rede bei einer internationalen Konferenz, bei der Fachleute aus aller Welt sich zu Lösungen globaler Probleme austauschten. Ich war zum Abendempfang geladen und erfuhr so von diversen weitgereisten Gästen, wie sehr sie die ungewöhnliche Idee unserer Kanzlerin beeindruckt hätte, künftig Daten besteuern zu wollen. Vor allem ging es um die Daten der Konsumenten, die irgendwie einen Preis bekommen müssten, weil Digitalunternehmen damit Geschäfte machen. Merkel rief dazu auf, Ideen für die Anpassung unseres Steuersystems an die digitale Welt zu entwickeln. Ähnlich wurden ihre Aussagen in Presseberichten am Folgetag wiedergegeben.

Ich kenne die Rede also nur aus zweiter Hand, bin daher trotz Quellen nicht sicher, ob Merkel tatsächlich davon sprach, Daten zu besteuern. Ich halte eine solche Idee für groben Unfug. In früheren Reden sprach Angela Merkel häufiger von Daten als Eigentum, quasi wie ein Gegenstand, den man besitzt und den man verkaufen können soll. Mit diesem Konzept des Dateneigentums kann ich wenig anfangen. Es wird häufiger erwähnt im Kontext autonomer Fahrzeuge, die Unmengen an Daten generieren. Aber nach wie vor ist die Frage offen, wem sie eigentlich gehören. Dem Autohersteller? Dem Menschen, der im Auto fährt? Bei zwei Reisenden, jedem zur Hälfte? Oder nur dem Autoei-

gentümer, nicht dem, der fährt? Dem Hersteller des eingebauten Gerätes, das die Daten sammelt? Dahinter steht die Frage, wer die Daten verarbeiten und weiterverkaufen kann. Ich finde andere Fragen dabei viel wichtiger, nämlich, wie sicher sind die Daten? Wie kann man Manipulation und Profilbildung auf Basis dieser Daten verhindern? Wie wird die Privatsphäre der Reisenden geschützt? Aber auch die Frage: Wie viele Steuern zahlt das Unternehmen – welches auch immer –, das mit diesen Daten Geschäfte macht.

Da habe ich nämlich einen Konsens mit unserer Kanzlerin: Die Steuerzahlungen der großen Digitalunternehmen sind der reinste Witz. Laut EU-Kommission liegt die durchschnittliche Steuerlast von Digitalunternehmen nur bei lächerlichen neun Prozent. Davon können Erna und



Hier schreiben Anke und Daniel Domscheit-Berg, zwei notorische Netzaktivisten, Weltverbesserer, Start-up-Unternehmer und Gemüsebauern, jede Woche über die Welt digital wie analog, vor allem aber über die Schnittstelle von beidem.

Otto Normalsteuerzahlerin nur träumen. Dass die größten, reichsten und mächtigsten Unternehmen der Welt – von Google bis Facebook – so wenig Steuern in Europa zahlen, ist ein Skandal und hat strukturelle Ursachen.

Wir müssen uns keine abstrusen Konzepte wie eine Datensteuer ausdenken, um daran etwas zu ändern. Ich kann mir nicht mal vorstellen, wie man dergleichen berechnen wollte. Anhand der Datenmenge gemessen in Gigabytes? Anhand der Anzahl Datensätze oder der Anzahl Menschen, von denen Daten gesammelt wurden? Besteuert man Stammdaten wie Adressen anders, als veränderliche Realzeitdaten, wie die Bewegungsdaten bei der Autofahrt? Kosten Verknüpfungen von Daten extra? Und was ist mit Daten, die nur kurzfristig gespeichert werden? Sind alle Daten steuerpflichtig oder nur die, die zur Erzielung eines Gewinns beitragen, und wie um alles in der Welt soll ein Finanzbeamter das jemals überprüfen?

Nein, Datensteuern sind Unfug, aber auch gar nicht notwendig, um an der Steuermisere etwas zu ändern. Denn wir wissen eigentlich längst, was die Gründe sind. Zum einen haben wir in Europa Steueroasen, weshalb die meisten digitalen Giganten ihren Europasitz in Irland haben, wo sie kaum Steuern zahlen. Ein europaweites Verbot von Dumpingsteuern würde das

verhindern. Man könnte auch die Körperschaftssteuer bei großen Digitalunternehmen so ändern, dass sie nicht vom Sitz des Unternehmens abhängt, sondern davon, wo der digitale Umsatz entstand. Wenn also viele Menschen in Deutschland bei Amazon Bücher, Socken oder Werkzeug kaufen, trägt dieser Umsatz zum Gewinn des Unternehmens bei und würde eine Steuerpflicht in Deutschland begründen.

Weil viele digitale Großunternehmen sich aber durch Ausnutzung sämtlicher globaler Steuerschlupflöcher arm rechnen, machen sie zwar Umsätze in Milliarden Höhe, aber weisen wenig Gewinn aus. Um dieser Art Steuerflucht zu begegnen, kann man für sehr große Digitalunternehmen eine Umsatzsteuer von ein bis fünf Prozent erheben, zahlbar dort, wo der Umsatz entsteht, also auch bei uns in Deutschland. Alle diese Beispiele habe ich mir gar nicht frisch und selbst ausgedacht, sie werden schon seit einiger Zeit auf europäischer Ebene diskutiert. Hier sehe ich einen wirklichen Hebel, die mangelnde Steuermoral digitaler Großunternehmen endlich zu bekämpfen und sie dazu zu zwingen, ihren Beitrag zur Gesellschaft zu leisten. Ihre Steuern fehlen, zum Beispiel beim Breitbandausbau, in Schulen oder Krankenhäusern. Die Schlüsselwörter Körperschaftssteuer und digitale Umsatzsteuer soll Merkel immerhin auch noch erwähnt haben. Hier braucht es die starke Stimme Deutschlands in Europa, nicht beim Zünden von Nebelkerzen.